

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster, Ing. Mag. Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Sozial verträglichen Wohnraum durch Überbauung von Supermärkten schaffen**

Das Land Niederösterreich zählt zu den demographischen Wachstumsgebieten Österreichs, was Großteils auf die Zuwanderung aus anderen Bundesländern zurückzuführen ist. Besonders in den Ballungszentren und im Umland von Wien gibt es seit Jahren einen hohen und weiterhin steigenden Bedarf an Wohnungen. Der jährliche Neubaubedarf liegt in Niederösterreich nach Erhebungen des Instituts für Immobilien, Bauen und Wohnen (IIBW) bei rund 9.200 Wohneinheiten. Dabei spielt die wachsende Bevölkerung in den Ballungsräumen der Ostregion und im Umland Wiens für Niederösterreich eine zentrale Rolle. Bis 2031 sollen laut Univ.-Prof. Dr. Heinz Faßmann in den niederösterreichischen Stadtregionen um 175.000 mehr Menschen leben, davon 75 Prozent im Wiener Umland.

In der Regel können sich „Normalverdiener“, allen voran junge Niederösterreicher und Jungfamilien, kaum eine Wohnung im so genannten „Speckgürtel“ leisten. Das Land Niederösterreich ist daher angehalten Lösungen zu erarbeiten, um den eigenen Landsleuten Möglichkeiten für ein erschwingliches Eigentum und sozial verträgliche Mieten einzuräumen. Eine effektive und innovative Chance bietet dabei die Nachverdichtung bzw. Überbauung bereits bestehender oder neu errichteter Supermärkte. Multifunktionale Nutzungskonzepte, bei denen erdgeschossige gewerblich genutzte Gebäude mit geförderten Wohnungen überbaut werden, sind das Gebot der Stunde und stellen für die Zukunft ein wichtiges Instrument dar, um mit den vorhandenen Ressourcen sparsam umzugehen. Ein Vorzeigeprojekt etwa findet sich in Grödig in Salzburg. Im Bundesland Salzburg fordern die gemeinnützigen Bauvereinigungen aufgrund der stark steigenden Grundstückspreise seit Jahren die Überbauung von gewerblich genutzten Flächen, um so Baugrund zu sparen und leistbaren Wohnraum zu ermöglichen. Der Vorteil liegt auf der Hand: Für die Errichtung

neuer Wohnungen muss bei dieser Art einer sinnvollen städtischen Nachverdichtung kein unbebautes Grundstück verwendet werden.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für die Nachverdichtung bzw. Überbauung bereits bestehender oder neu errichteter gewerblich genutzter Gebäude aus, leistbaren Wohnraum zu schaffen, Baugrund zu sparen und der Bodenversiegelung Einhalt zu gebieten.
2. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert, alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um multifunktionale Nutzungskonzepte, bei denen erdgeschossig gewerblich genutzte Gebäude mit geförderten Wohnungen überbaut werden, für ganz Niederösterreich zu erarbeiten, um auf diesem Wege erschwingliches Eigentum und sozial verträgliche Mieten für die niederösterreichischen Landsleute sicherzustellen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.